

Vereint gegen Tonke und Ompa

GLEICHBERECHTIGUNG Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder wettet nun gegen Gendersprache. Immer mehr Landesregierungen wollen das Thema nicht länger allein der AfD überlassen.

Auf eine Art ist es ein typischer Söder. Ende Oktober 2022 erklärte der CSU-Mann auf einem Parteitag in Augsburg wortgewaltig den Unterschied zwischen der »Liberalitas Bavariae« und der »Berliner Wokeness«. Seine Partei, so der bayerische Ministerpräsident, schreibe niemandem vor, was er zu essen, wie er was zu reden und was er zu sagen habe. Der liberale Ansatz aber hielt nicht lange vor.

Eine Landtagswahl später, die der AfD in Bayern 14,6 Prozent der Stimmen und der CSU das schwächste Ergebnis seit 1950 brachte, klingt der Parteichef anders. Das Gendern, so Söder Anfang Dezember, werde in Schulen und Verwaltungen untersagt. Damit niemand, wie der Bayer gern in Bierzelten lästerte, statt Onkel und Tante »Tonke« schreibe oder aus Oma und Opa »Ompa« werde.

Söder beweist einmal mehr ein Gespür für Stimmungen. Gendern gehört nicht zu den Lieblingsbeschäftigungen der Deutschen, die meisten lehnen es ab. Das Institut Allensbach fand heraus, dass 59 Prozent der Befragten im Westen und 76 Prozent im Osten bezweifeln, dass eine gendergerechte Sprache »einen nennenswerten Beitrag zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen leisten kann«. Laut Forsa stört es fast drei Viertel der Deutschen grundsätzlich, wenn Genderzeichen verwendet werden.

Neben dem Heizungsgesetz und der Flüchtlingskrise ist Gendern zu dem Thema geworden, das eine Abgehobenheit der politischen Klasse belegen soll. Die Debatte ist vor allem im Osten Treibstoff für die AfD. Gender-Doppelpunkt, Gendern mit Unterstrich, Binnen-I und Gendersternchen werden zum Kulturkampf. Auch wenn das Bonmot im Osten umgeht, Gendern sei doch nur, wenn der Sachse mit dem Boot umkippt – Sächsisch für Kentern.

Politisch herrscht in Sachen Gendern ein Flickenteppich. Die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben die Sonderzeichen über ihre Kultusministerien lange vor Söder verboten. Schüler, die es trotzdem verwenden, werden mit Punktabzug bestraft. Elf Länder verweisen auf die deutsche Rechtschreibung, die Gendersternchen nicht kennt, bestrafen aber niemanden.

Doch der Druck wächst, auch weil die AfD die anderen Parteien vor sich herreibt.

Die hatte zu Beginn des Jahres in Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern einen Antrag gegen das Gendern gestellt und ihn unter anderem mit der »Verkomplizierung der Alltagssprache« begründet. Noch vor der Abstimmung im Stadtparlament verwiesen CDU und FDP auf eine Dienstanweisung der Stralsunder Verwaltung. Gendern ist darin ohnehin nicht vorgesehen, sondern allein die männliche und die weibliche Anredeform, kein Stern oder Unterstrich.

Zu retten war dennoch nichts mehr, selbst die eigenen Leute von CDU und FDP stimmten für den AfD-Antrag – außer zwei weiblichen Abgeordneten. Die AfD konnte ihr Glück kaum fassen. Ein Abgeordneter sagte der »Jungen Freiheit«, er habe nicht damit gerechnet, dass die CDU »den Mut« haben werde, zuzustimmen.

Auf ähnliche Weise wurde die rot-rot-grüne Minderheitsregierung von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) in Thüringen überrumpelt. Ende vergangenen Jahres ging mithilfe der AfD im Landtag ein Antrag der CDU durch, der die Landtagsverwaltung, die Landesregierung und Landesbehörden aufforderte, keine Gendersprache zu verwenden. Dies gelte zudem für nachgeordnete Einrichtungen wie Landesverwaltungsamt und Verfassungsschutz, auch für Schulen. Die Regierung hatte noch versucht, eine »Selbstverpflichtung zu einer respektvollen Kommunikation« dagegenzusetzen, und scheiterte damit.

Der CDU-Antrag war damals nur ein Appell und kein Verbot. Doch der Eklat sollte sich wiederholen. Im September ging die Thüringer CDU mit einem »Korrekte-Sprache-

»Das Gendern geht an der Lebensrealität der Menschen vorbei.«

Klaus Holetschek, CSU-Fraktionsvorsitzender

Gesetz« in die Offensive. Ihr Landeschef Mario Voigt sagt: »Wir halten es für richtig, dass man im Land der Dichter und Denker auch nach den Regeln der deutschen Rechtschreibung schreibt und spricht.«

Diesmal wäre es ein Verbot von Sternchen und Strichen, wieder könnte die AfD zum Zünglein an der Waage werden, weil mit ihr die Minderheitsregierung erneut überstimmt werden kann. Der Fall sorgte bundesweit für Schlagzeilen und für Grummeln in der Bundes-CDU. Das Problem wurde nicht gelöst, nur verschoben.

Die AfD lehnt Gendern seit ihrer Gründung im Jahr 2013 ab. Vor allem die Völkischen und Neurechten in der Partei erkannten es als ein Thema, das ihnen im Kampf um »metapolitische Erfolge«, wie sie es nennen, helfen würde. Der Kampf gegen das Gendersternchen reichte ihnen nicht, sie waren gegen jegliche Gleichstellungspolitik wie Frauenquoten oder Forschungsprojekte zu Geschlechterungerechtigkeiten.

Fortan hielt die AfD den Druck auf die anderen Parteien aufrecht, vor allem auf Union und FDP, sprach von »Gender-Gaga« und »Gender-Wahn«, dem diese, genau wie die linken Parteien, folgen würden. Ihr Kalkül: Stellen Union und FDP sich gegen das Gendern, erscheint die AfD weniger extrem. Und macht noch Boden wett, schließlich habe die Partei das zuerst so harsch gefordert.

Allerdings treibt auch das Wahlvolk die Sache voran, zumindest ein Teil von ihm. Eine bundesweite Initiative »Stoppt Gendern«, die ein Vorstandsmitglied der selbst ernannten Sprachschützer des Vereins deutsche Sprache organisiert, unterstützt aktuell Volksinitiativen in vielen Bundesländern: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Sie kann sich zudem auf Experten und Expertinnen stützen. Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat mitten in der Coronapandemie im März 2021 empfohlen, Genderstern, Gender-Gap, Doppelpunkt und Co. nicht in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung aufzunehmen. Man solle Rücksicht nehmen unter anderem auf die mehr als zwölf Prozent aller Erwachsenen mit »geringer Literalität«, die nicht mal einfache Texte lesen könnten. Auch Ausländern solle der »Sprach- und Schriffterwerb« nicht erschwert werden.

Im Juli gab es einen neuen Beschluss des Rechtschreibrats. Wieder mit dem Hinweis, diese Zeichen gehörten »nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie« und könnten zu grammatischen Folgeproblemen führen, die noch nicht geklärt seien.

Auch Sprach- und Literaturwissenschaftler stemmen sich gegen den Asterisk, also das Gendersternchen. Einen Aufruf gegen die Genderpraxis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben inzwischen 1007 Experten und Expertinnen unterzeichnet. Die Sender sollten, so die Aufforderung, den Wunsch der Mehrheit respektieren und zum generischen

Maskulinum zurückkehren: »Die deutsche Grammatik ist weder »gerecht« noch »ungerecht.« Der Berliner »Tagesspiegel« hat nach drei Jahren Sternchen und Doppelpunkt die Notbremse gezogen. Nach massiven Leserbeschwerden haben die Sonderzeichen jetzt weitgehend ausgedient.

In Hessen kündigte das neue schwarz-rote Bündnis von CDU-Regierungschef Boris Rhein gerade an, auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an die Kette legen zu wollen. In einem Eckpunktepapier heißt es: CDU und SPD möchten »festschreiben, dass in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Schulen, Universitäten, Rundfunk auf das Gendern mit Sonderzeichen verzichtet wird« und eine Orientierung am Rat für deutsche Rechtschreibung erfolgt. Die Initiative geht auf den wiedererstarkten konservativen Flügel der Hessen-CDU zurück.

Führende CDULer hatten registriert, dass in den Jahren der vorherigen schwarz-grünen Koalition immer mehr Wählerinnen und Wähler aus dem bürgerlichen Lager begonnen hatten, mit der AfD zu sympathisieren – offenbar auch wegen solcher Symbolthemen. Als Parteichef Friedrich Merz im Juni tweetete, mit jeder gegenderten Nachrichtensendung gingen ein paar Hundert weitere Stimmen zur AfD, stimmten Parteifreunde aus Hessen und aus Rheins engem Umfeld insgeheim zu.

In letzter Zeit ist Merz allerdings ziemlich still geworden bei dem Thema. Im April 2021 – da war er noch nicht Parteivorsitzender – hatte er sich in einem SPIEGEL-Gespräch über vermeintliche Gender-Sprachpolizisten ereifert. Inzwischen haben die Christdemokraten erkannt, dass der CDU-Chef bei dem Thema nichts gewinnen kann, nach dem Motto: Für einen potenziellen Kanzlerkandidaten der Union gibt es gewichtigere Themen.

Im Übrigen gilt in der CDU der Beschluss vom letzten Bundesparteitag in Hannover: dass die Partei in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen »keine grammatikalisch falsche Gendersprache verwendet«. Gleiches wünscht man sich laut dem Beschluss von Behörden, Schulen, Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen. Von einem Verbot ist keine Rede.

Die CDU in Hessen indes bleibt am Thema dran. Rheins designierter neuer Regierungspartner, die SPD, hat den Kurswechsel beim Gendern zähneknirschend akzeptiert, zumindest auf Funktionärsbene. Mit nur noch 15,1 Prozent bei der Landtags-



Thüringens CDU-Vorsitzener Volgt



Bayerns Ministerpräsident Söder



Hessens Ministerpräsident Rhein

wahl vom vergangenen Oktober lassen sich auch kaum Forderungen stellen, wenn man gern mal wieder Teil einer Regierung werden will. In einer Koalition setze eben jede Partei ihre eigenen Schwerpunkte, sagt Kaweh Mansoori, der Chef des linken SPD-Parteibezirks Hessen-Süd: »Gendern ist kein Schwerpunkt der SPD.«

Im größten deutschen Bundesland, Nordrhein-Westfalen, hingegen will man von solchen Plänen nichts wissen. Bei Schwarz-Grün war Gendern bislang kaum Thema, weder in den Koalitionsverhandlungen voriges Jahr noch in den Kabinettsitzungen. CDU und Grüne haben sich darauf verständigt, in Gesetzestexten, amtlichen Bekanntmachungen und Pressemitteilungen geschlechtsneutrale Begriffe und Paarformeln zu verwenden. Ansonsten möchte man einen entspannten Umgang in dieser Sache pflegen.

Niemand in der Regierung will das Gendern zum Symbolthema ausrufen, auch Ministerpräsident Hendrik Wüst nicht. Ein Insider in Düsseldorf sagt, es gebe derzeit »gravierendere Probleme als so einen Scheiß«. In Reden und Interviews spricht der Ministerpräsident von »Lehrerinnen und Lehrern«, von »Handwerkerinnen und Handwerkern«, das Binnen-I benutzt er nicht. Andere dürften gern übers Gendern reden, doch pragmatisch sei das nicht, sagte Wüst einst. Es komme stattdessen darauf an, Politik für Gleichberechtigung zu machen.

Söder sah das diese Woche anders. Für seinen Vorstoß wählte er einen prominenten Zeitpunkt: seine erste Regierungserklärung seit der Wiederwahl als bayerischer Ministerpräsident, eine Rede also, die Grundzüge für Söders zweite Legislatur vorgab.

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek unterstützt ihn: »Das Gendern geht an der Lebensrealität der Menschen vorbei. Und sie erwarten auch, dass wir hierzu Position beziehen.« Die meisten Bürgerinnen und Bürger lehnten es ab, wenn in Schulen und Verwaltung gegendert werde. Die Stoßrichtung gehe dahin, »dass wir das Gendern dort untersagen wollen«.

Söder hat bei seinem Machtwort natürlich auch den politischen Konkurrenten im Blick. Bei der Europawahl im kommenden Jahr kämpft seine Partei gegen die Freien Wähler von Hubert Aiwanger um die konservativ-ländliche Wählerschaft. Aiwangers bevorzugte Zielscheibe: das »links-grüne Gender-Gaga«.

Matthias Bartsch, Lukas Eberle, Jan Friedmann, Florian Gathmann, Steffen Winter, Jean-Pierre Ziegler